

Bezugspreise: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 2. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Presse der Regierungsparteien zeigt sich mit der gestrigen Programmklärung Births im allgemeinen zufrieden...

Dass die deutschnationale Presse schimpft, was sie schimpfen kann, ist selbstverständlich, darin wird sie höchstens noch von der „Roten Fahne“ übertroffen...

Die üblichen Redensarten wiederzugeben, mit denen die deutschnationale Presse über den Reichskanzler herfällt...

Alles muß für die Entente „ausgeschöpft“ werden. Und wenn nichts mehr da ist? Dann wird, nach Herrn Birth...

In sachlicher Weise setzt sich das Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, mit der Programmrede auseinander...

Dass in all diesen Punkten das Programm der Regierung trotzdem nicht an übermäßiger Deutlichkeit leidet...

Die bestehenden Klassen werden sich allerdings selber sagen müssen, daß der Kampf gegen Besitzsteuern kein Mittel ist...

Kanzlerrede und Ausland.

Paris, 2. Juni. (E.F.) Nur drei französische Blätter nehmen zu den gestrigen Ausführungen des deutschen Kanzlers Stellung...

schlesien interessiert sei, lägen auf der Hand. Frankreich müsse, je mehr Deutschland gegen eine Teilung Oberschlesiens aufträte...

Ententendruck auf Bayern.

München, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der britische Botschaftsrat ist bei der bayerischen Regierung vorfellig geworden...

London, 2. Juni. (T.L.) Laut Blättermeldungen haben England, Frankreich und Italien gemeinsam eine scharf gehaltene Note an die bayerische Regierung gerichtet...

Die Wiedergutmachungszahlungen.

London, 2. Juni. (W.B.) Reuter meldet aus New York: Die erste Rate der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten an die Alliierten zu leistenden deutschen Reparationszahlung...

Paris, 2. Juni. (W.B.) Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, ist die Reparationskommission seit der Zahlung der ersten deutschen Milliarde in Gold eifrig beschäftigt...

Deutsche Kohlen in England.

London, 2. Juni. (W.B.) Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreiks 94 000 Tonnen deutscher Kohlen...

Amerika scheidet aus dem Völkerbund.

Paris, 2. Juni. (T.L.) Aus Washington wird dem „New York Herald“ gemeldet, daß die Länder Südamerikas beabsichtigen, die Gesellschaft der Nationen zu verlassen...

6 Monate Gefängnis für den „Lichtblick“.

Leipzig, 2. Juni. Das Urteil im Prozeß Neumann wurde heute mittags 12 Uhr verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 12 Fällen...

Das Urteil ist eine Ohrfeige für den „Socherständigen“ v. Frauseck, der Neumann als das Musterbeispiel eines Soldaten und „Lichtblick“ in früherer Zeit gepriesen hatte.

Wer zahlt die 50 Milliarden?

Durch die Veröffentlichung gewisser Vorentwürfe ist bekannt geworden, daß in den Vorarbeiten für Deckung des Reparationsprogramms zwei Gedankengänge sich widerstreiten...

Die emsigen Schützer des Kapitalbesitzes haben ein Programm zusammengestellt, das vielleicht die Hälfte dieser Steuerlast ziemlich restlos auf den Verbrauch schiebt...

Wer trägt in Wirklichkeit solche Lasten, die scheinbar durch die Rotenpresse gedeckt werden?

Geldvermehrung ohne gleichzeitige Schaffung neuer Werte bedeutet Verschlechterung des Geldwertes. Jede Mark, die ohne Gegenleistung zu den schon vorhandenen hinzukommt...

Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß die Beschaffung der nötigen Zahlungsmittel für die Abdeckung unserer Goldschuld nur durch Steigerung der Gesamtleistung...

Diese Politik der Zuschüsse ist zum Wiederingangekommen des Wirtschaftslebens wohl unumgänglich gewesen. Wenn aber jetzt eine Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise erfolgen muß...

Zwei Arten von Besitz haben sich der steuerlichen Belastung bisher weitgehend entziehen können: der Grundbesitz und der Besitz an industriellen und gewerblichen Produktionsmitteln.

Beim landwirtschaftlichen Besitz liegt die Sache ziemlich klar: Auf Grund sorgfältiger Berechnungen wurde Anfang 1920 z. B. festgestellt, daß nach den damaligen Produktionskosten...

toffeln höhere Preise, zuletzt 25 M. festgesetzt. Als die Rapp-Regierung kam, lautete ihr Programm: Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen gleichzeitige Aufhebung einer kräftigen Grundsteuer. Die reinbürgerliche Regierung des Jahres 1920 hat ungefähr die ganze Zwangswirtschaft aufgehoben, der Kartoffelpreis ist nicht 18, nicht 25 M., sondern er ist inzwischen 60 M. geworden. Aber wer hat etwas von der Grundsteuer gesehen? Das vorige Kabinett hat der Landwirtschaft geschenkt, was Rapp versprochen, aber ihr nichts, reinweg nichts dafür aufgebürdet! Trotz Rapps Vorbild! Die ungeheuren Gewinne aus der Freilassung der Wirtschaft dürfen unter keinen Umständen auch noch von der Reparationslast frei bleiben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Steuern im allgemeinen vom landwirtschaftlichen Grundbesitz sehr schwer zu erlangen sind. Es bleibt deshalb wohl nur die Eintragung einer die gewaltige Wert-erhöhung berücksichtigenden Grundschuld auf den landwirtschaftlichen Besitz zur Deckung der ungeheuren Lasten des Reichs.

Der industrielle Besitz hat durch seine unsinnige Dividendenpolitik im ganzen Auslande die Auffassung erzeugt, daß Deutschlands Industrie blühe und gedeihe, und daß die Leistungsschwäche des Deutschen Reiches mit der Leistungsstärke der deutschen Industrie in einem letzten Widerstand steht. Diefelben Industrien, die um 1 oder 2 Proz. Auszubehaltung in den Außenhandelsstellen ein Lamento erhoben, wiesen dann nach Rückstellungen, die das deutsche Kopfschütteln der gesamten bürgerlichen Handelspresse trotz aller Abschreibungs-theorien heroorriefen, Dividenden von 60 Proz., 80 Proz. und gelegentlich auch 100 und mehr Prozent auf, wobei dann noch Vorzugs- und Gratisaktien, Genußscheine, Gründung von Tochtergesellschaften und andere noch weniger erkennbare Mittel der Finanzierungstechnik den wirklichen Gewinn verhüllen mußten. Nun soll das Volk eine ungeheure Last tragen. Soll daneben und gleichzeitig die Gewinnpolitik dieser Kreise ungestört fortgehen? Glaubt man mit ein wenig Körperschaftsteuer hier dem Verlangen der Volks-masse auf Aenderung dieser ganzen Verhältnisse und zumal auf Tragung der Reichslasten durch die wirklich Leistungsfähigen mit irgendwelchen kleinen Mitteln entgegenzutreten zu können? Man wird sich täuschen! Vor der Annahme des Ultimatus hatten sehr weite Kreise, auch der bürgerlichen Parteien, den Gedanken, schlimmstenfalls dem Gegner eine Beteiligung an der deutschen Industrie anzubieten, nicht abgelehnt. Will man jetzt wagen, dem deutschen Volke eine gleichartige Beteiligung an dem Gewinn in-besondere der großen Unternehmungen aller Art der Industrie, des großen Handels, der Banken zu verjagen? Wir wollen nicht allein den Verbrauch, sondern auch den Gewinn der Unternehmungen in ganz anderem Maße als bisher unverschleiert bei der Deckung der Lasten mitwirken lassen.

Schwerer ist die Frage der Belastung des Hausbesitzes. Die Niedrighaltung der Miete war und ist für weite Kreise eine Lebensnotwendigkeit. Sie hat aber wie jede andere Art der Zwangswirtschaft, die mitten in einer rundumstulenden freien Wirtschaft versucht wird, die Folge, daß sie auf viele Arten umgangen wird, so daß schon jetzt der Mietpreis für möblierte Wohnungen tatsächlich die Geldwertwertung widerspiegelt, bei den übrigen vielfach Nebenleistungen bei Wohnungswechsel übernommen werden müssen, die ungemein drückend sind und nur unnützen Zwischenhänden zufallen. Vor allem aber: während die Niedrighaltung der Mieten immer noch vielen einen großen Wohnungsluxus gestattet, der volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist, hemmt sie die freie Bau-tätigkeit, die im Frieden hunderttausende deutscher Arbeitskräfte beschäftigt hat. Sie hält die Löhne niedriger, als es den volkswirtschaftlichen Selbstkosten entspricht. Die Industrie hatte infolgedessen ein leichtes, gewinnricheres Arbeiten und zugleich zahlte der Staat Milliarden über Milliarden an Bau-zuschüssen. Vor allem läßt sich diese Zwangswirtschaft isoliert auf die Dauer nicht halten, den Gewinn werden letzten Endes die Besitzer der Häuser haben — wenn nicht der Staat schon jetzt einen Niegel vorschleibt, indem er in den allmählich steigenden Wertzuwachs jeweils eintritt und damit von vornherein verhindert, daß sich die Konjunktur-

gewinne, wie sie bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft aufgetreten sind, beim städtischen Grundbesitz wiederholen.

Das sind Grundgedanken, wie die Lücke ausgefüllt werden kann, die die tapferen Vorkämpfer der alleinigen Belastung des Verbrauchs und der Arbeit anscheinend mit Papier stopfen wollen. Die Last muß von denen getragen werden, die bisher von der Geldwertwertung nicht nur freigeblieben sind, sondern teilweise von ihr noch profitiert haben. Grundgedanke der gesamten Reparationsleistung muß sein: Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität, Belastung nicht allein des Verbrauchs, sondern vor allem auch des Besitzes und zumal der bisher viel zu schwach belasteten Goldwerte.

Der neue Kaiser.

Wer bislang geglaubt hat, daß Wilhelms Regierungs-tätigkeit mit seiner Desertion nach Holland aufgehört habe, sieht sich jetzt eines schweren Irrtums überführt. Wilhelm hat nicht nur wichtige Rechtsstreitigkeiten zu schlichten, sondern auch schon die Regierungsgeschäfte des „neuen Kaisers“ vor-zubereiten. Wir lesen nämlich im „Lokal-Anzeiger“ folgendes: Im Jahre 1913 erwarb der soeben von neuem im Rheinlande errungenen Triumph heimgekehrte Berliner Lehrer-gesangverein die von Wilhelm II. gestiftete Kaiserkette als Ehrenpreis. Es ist nun wiederholt die Frage erörtert worden, welches die Zukunft dieses Ehrenpreises sei und wem sie gehören soll. Um die Frage endgültig zu entscheiden, hat sich der Vorstand des Vereins an den Kaiser nach Amerongen persönlich gewandt und von Wilhelm II. die Versicherung erhalten, daß sie dem Berliner Lehrerverein vorläufig zustehen. Das Ant-wort-schreiben, das vom Generaladjutanten des Kaisers unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

Ich beehre mich, den Empfang des geehrten Schreibens vom 15. ds. mit Dank ergebenst zu bestätigen und dem hinzuzufügend zu bestätigen, daß ich nicht perlekt habe, dessen Inhalt Seiner Majestät dem Kaiser und König vorzutragen. Seine Majestät steht auf dem Standpunkt, „der Berliner Lehrer-Gesang-Verein hat sich die Kaiserkette 1913 erkungen, bleibt im Besitz des Preises solange, bis ein neuer Gewandungspreis durch einen neuen Kaiser aus-gesprochen wird, um den Preis alsdann zu verteidigen oder neu zu erringen“.

Es wird nun den gesamten übrigen deutschen Ge-sangvereinen nichts weiter übrig bleiben, als einen neuen Rapp-Putsch zu inszenieren, denn ehe nicht ein neuer Kaiser da ist, kann dem Berliner Lehrergesangverein die Kette nicht entzogen werden. — Die Sache hat aber auch ihre ernste Seite: Sie zeigt, daß das Denken Wilhelms und seiner Um-ggebung keineswegs auf Resignation gestimmt ist!

Bayerische Oberschlesier.

Gestern mittig gegen 1/2 Uhr fuhr auf der Ringbahn gegen Westend ein langer Militärzug mit Artillerie, Ma-schinengewehren, Pferden usw., der mit blauweißen Fahnen als bayerischer Teersport tennistisch gemacht war. Etwa um 7 Uhr abends fuhr ein ebensolcher Zug in der Richtung von Westend nach Berlin.

Wie aus Bayern „Oberschlesier“ gemacht werden, davon zeugt folgender Vorfall. Ein dem Bureau der Berliner Buchdrucker meldete sich ein Organisationsmitglied und gab an, daß er sich als Arbeitsloser in Mähren für Oberschlesien habe anwerben lassen gegen das Versprechen von 60 M. täglich und freie Verpflegung. Da er aber kein Geld erhielt, kehrte er wieder um. Der Betreffende hatte folgenden Ausweis, dessen Original in unserer Hand ist:

Ausweis.

Herr (Name ausgefüllt) ist gebürtiger Oberschlesier und auf der Fahrt nach der Heimat. München, den 18. Mai 1921.

Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, München. J. A. Unterschrift (unleserlich).

Da der Inhaber des Ausweises unerschrocken bayerischen Dialekt sprach, wurde ihm auf den Kopf zugehakt, daß er doch gar kein Oberschlesier sei. Er gab dies unumwunden zu. Er ist niemals dort gewesen!

Danach steht fest, daß von den Münchener Freischützern mit dem Mitteln der Urkundenfälschung und des Betruges strupellos gearbeitet wird.

Englischer Kabinettsrat über Oberschlesien.

London, 2. Juni. (G.E.) Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Ungarn beschäftigte. In Ergänzung der vor zehn Tagen abge-gangenen englischen Note ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gefandt worden, in der gesagt wird, daß Lord d'Abernon bisher in der ober-schlesischen Frage wertvolle Dienste geleistet habe.

London, 2. Juni. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der eigentliche Zweck der Zusammenkunft des Obersten Rates in Boulogne der dringende Wunsch Lord Curzons sei, eine gemeinsame Aktion gegen die Kemalisten zu erleichtern.

Eine Warnung an Frankreich.

London, 2. Juni. (W.B.) Die Blätter weisen auf die Gefahr einer weiteren Verschleppung der ober-schlesischen Frage hin. Die „Times“, der zufolge sich Polen in politischen Schwierigkeiten befinde, forderte, daß Franzosen und Eng-länder gemeinsam handeln. Durch einen Zwischenfall in Oberschlesien würde die Haltung der englischen Besatzungstruppen in schwersten Gegensatz zu der der französischen kommen. In solch einem Falle würden die Helden der Drage und des Balkans den Engländern eine baldige und unerwünschte Unterstützung zuteil werden lassen wollen. Der Gedanke, daß diese Truppen den Eng-ländern helfen sollen, und daß britische Truppen, wenn auch mittel-bar ihre Operation gegen die Polen erleichtern sollten, sei für alle Engländer unerträglich. Trotzdem könnten keinerlei An-strengungen diese Schmach abwenden, wenn die englischen Truppen gezwungen werden sollten, ohne die gründliche Unterstützung der andern Mächte die Ordnung gegen Polen zu erzwingen. Die Wirkung einer unabhängigen britischen Aktion zu diesem Zwecke auf die Entente und auf das Gesamtfeld der Welt-politik brauche nicht erst hervorgehoben zu werden.

Der englische Vormarsch.

Zu den Auseinandersetzungen in der Interalliierten Kommission über den englischen Vormarsch wird der „Frank. Jg.“ aus Dypen gemeldet: Von französischer Seite wird behauptet, daß die neuen Kämpfe zwischen Polen und deutschem Selbstschutz durch die Offen-sive des deutschen Selbstschutzes ausgelöst worden seien, eine Darstellung, die von den englischen Offizieren aufs entschiedenste bestritten wird. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Engländern und Franzosen sollen sehr scharf zum Austrag gekommen sein. Im Prinzip hat man sich auf die Schaffung einer neutralen Zone zwischen Deutschen und Polen geeinigt, wobei jedoch von eng-lischer Seite die Bedingung gestellt und von den Franzosen nach an-fänglichem heftigen Widerstand angenommen wurde, daß der deutsche Selbstschutz die von ihm gegenwärtig ge-haltene Linie befestigen darf. Die Schaffung einer neutralen Zone soll dementgegen, daß die polnischen Aufständischen von den interalliierten Truppen zurückgedrängt werden sollen. Wegen der Frage, welche Truppen an dieser Aktion teilnehmen sollen und welche Ausdehnung den Operationen zu geben ist, sind die Ver-handlungen, die sich infolge der bestehenden Gegensätze äußerst schwierig gestalten, noch im Gange.

Ein Freikorpsheld.

Breslau, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Führer der Freiwilligentruppe, welche in Reife im un-erwarteten Gebiet Oberschlesien unseren Genossen Herkwig bedrohte, und auch sonst mehr durch innerpolitische Störungen als durch Heldentaten gegen die Polen glänzte, ein Oberleutnant H. O. Schmidt, gegen den bereits Verhaftungsbefehl erlassen wurde, ist jetzt endgültig mit seiner Truppe aus Oberschlesien verschwand. Der Mann wurde vom deutschen Selbstschutz als Angehöriger nicht anerkannt, da er seinen Angehörigen phantastische Versprechungen machte.

Chinesische Weisheit.

Einer der tiefsten Philosophen des Ostens ist der Chinese Lao-tse, der etwa 600 Jahre vor unserer Zeitrechnung lebte. Daß seine Lehre nicht in dem Maße Gemeingut der abendländischen Literatur geworden ist, wie etwa die Mährchen der tausend und einen Nacht, liegt wohl der Hauptsache nach in der Schwierigkeit, seine Spruch-weisheit klar und eindeutig zu übersehen. Mit Unrecht wirft man ihm, wie überhaupt den morgenländischen Philosophen, eine passive, lebensverneinende Weltanschauung vor. Wenn Lao-tse z. B. das „Nicht-Tun“ als die höchste Tugend preist, so will er damit nicht sagen, es sei am besten, überhaupt nicht zu handeln, als vielmehr, es sei vom Uebel, sich von seinen niederen Instinkten und egoistischen Willensäußerungen leiten zu lassen. Das letzte Ziel des Menschen müsse immer sein, so zu handeln, wie es der Allgemeinheit am nützlichsten ist. So verstanden ist die Weisheit Lao-tses von einem Gemeinheitsgeist durchdrungen, der auch unserer Zeit vorbildlich sein sollte.

Sehen wir einmal zu, was Lao-tse vom Volk und seinen Führern verlangt. Er sagt an einer Stelle: „Wer in Liebe zum Volk das Land regiert, wirkt auch durch Nicht-Tun. Erzeugen und erhalten, erzeugen und nicht besitzen, wirken und nicht dabei verweilen, fordern und nicht beherrschen: das heißt tiefste Tugend.“ Wer denkt bei diesem Ausspruch nicht an das demokratische Führerideal, das eine ähnliche Selbstlosigkeit voraussetzt, wer denkt dabei nicht an Goethes Faust, der zugutelehrt zu einem ähnlichen Resultat kommt! Der tiefere Sinn des „Nicht-Tuns“ wird später genauer dahin erläutert: „Wer das Reich erobert will durch sein Tun, dem werden wir es mißlingen. Das Reich ist ein geistiges Gebilde und nicht durch Tun zu bezwingen. Der Täter zerstört es. Der Eroberer verliert es.“ Darum vermeidet der Heilige (soviel wie der gute Mensch) den Ehrgeiz, meidet die Ueberhebung, meidet die Größe.“ Auch hier wieder Selbstlosigkeit zugleich als höchste Tugend und tiefste Weisheit, wie ja Tugend und Weisheit recht verstanden immer zusammenfallen. Auch hier die Warnung vor jeder gewalttätigen Politik. Der Führer ist der beste, meint Lao-tse, nach dessen Tode das Volk sagen kann: „Wir blieben ganz wie selbst.“

Nach diesen Proben wird man es verstehen, wenn Lao-tse seine politische Weisheit dahin zusammenfaßt: „Die Hochstehenden nicht bezwingen, hält das Volk von Eiferlust ab. Das Schwerverwundbare nicht schaden, hält das Volk von Diebstahl ab. Das Begehrenswerte nicht anschauen, erhält dem Herzen seine Ruhe. Darum: wenn der Heilige regiert, macht er fest die Herzen des Volkes, aber gibt Fülle ihren Seelen. Er schwächt ihr Begehren, aber füllt ihr Rückgrat. . . . So wirkt er durch Nicht-Tun und alles ist wohl regiert.“ Weisheit, die für Volk und Führer gleich bedeutsam sind, erst der Beizicht

auf jede Art von Egoismus, sei es nun Klassen- oder Einzelgoismus, führt zu wahrhaft positiver und aktiver Politik. Und deshalb preist Lao-tse das Nicht-Tun im guten Sinne des Wortes als das höchste Gut für Volk und Führer:

„Geist ist ewig ein Nicht-Tun. Und doch bleibt nichts ungetan. . . . Begehrenlosigkeit die große Ruhe schafft. So aus sich selbst die Welt zum Guten wird gebracht.“ H. G.

Das Recht auf Schlag. Vor kurzem, so schreibt uns ein alter Berliner, war im „Vorwärts“ unter dem Titel: „Die Aufgaben der Unterhaltungsmusik“ eine bedauerliche Klage über die Verflachung, die Schichtigkeit moderner Kompositionen zu lesen, die als „Schlager“ angeblich das Musikleben diskreditieren. Wäre ich Künstler, so wäre es möglich, daß ich in allem dem Verehrer der klassischen Musik zustimmen würde. Da ich aber nur Laie, nur Hörer bin, so habe ich ein Recht, mich zu amüsieren bei Dingen, die mir zu-sagen. Und wenn man so über 40 Jahre das Berliner Musikleben in allen Tonarten kennengelernt hat, so getraut man sich eben auch ein bißchen mitzusprechen. Was ist denn ein „Schlager“? Eine von der Gunst des Publikums getragene, von der Menge leicht und sicher ausgenommene musikalische Schöpfung. Darüber hat keine Kritik zu befinden. Ungezählte Tausende finden daran einen Ge-nuß. Wohl gemerkt, einen zeitlichen Genuß, denn das ist der Unterschied zwischen Schlager und Klassizität, daß ersterer nur eine bestimmte Zeit einen Resonanzboden findet, während klassische Dinge für die Ewigkeit geschaffen sind. Niemals kann der Schlagler entbehrt werden.

Ist nun unsere Schlaglerproduktion wirklich schlechter geworden? Als vor mehr als 40 Jahren Ernestine Wegener den Schlagler schuf, den ganz Berlin nachsammte: „Ach ich weiß nicht, mir ist heut so mollig“, als ein armer Klavierpieler im Hotel de Rome vor 30 Jahren den „Rixdorfer“ komponierte, als um dieselbe Zeit „Der Mann mit dem Kofs ist da“, und alle diese Schöpfungen die inter-nationale Kunde machten, standen die auf höherer Werte als die neuesten? Der Vergleich fällt sehr zugunsten unserer modernen Schlagler aus.

Richtig ist, daß alle Schlaglerproduktionen mehr oder weniger Anlehnungen sind, aber wenn man bei großen und musikalisch wert-vollen Produktionen überall eine kritische Sonde ansetzen wollte, würde man bei vielen auch Anlehnungen an ältere Meister oder die Verarbeitung von Volksmelodien finden. Es hat früher ein nun längst aus den Konzertsälen verschwundenes Potpourri von Schreiner „Musikalische Begierbilder“ gegeben, worin sich der Kom-ponist die Aufgabe stellte, moderne und alte Musik in drastischer Weise zusammenzustellen, so daß immer die frappanteste Ähnlich-keit zwischen den Tonstücken vorhanden war.

Wir pflichten zwar dem Entfender nicht bei, glauben vielmehr, daß bei zunehmender Musikkultur auch die Unterhaltungsmusik sich veredeln wird. Aber als Darstellung dessen, was vielfach ist, geben wir der Zukunft Raum. Nicht daß gelegentlich leicht oder besser:

flache Musik genossen wird, ist bedauerlich, sondern, daß die Kunst ausschließlich kultiviert wird und den Geschmack am echten Kunstwerk verdirbt. (Die Red.)

Keyserling und Tagore. Hermann Keyserling hat jetzt beim Besuch Rabindranath Tagores in Darmstadt, wohin der indische Dichter und Weise noch einmal bei seiner jetzigen Anwesenheit in Deutsch-land für eine Woche zurückzukehren gedenkt, ein Zusammenarbeiten seiner Schule der Weisheit mit Tagores indischer Schule verabredet. Tagore will, um an der Verständigung des Ostens und Westens durch die Vermittlung des indischen und des deutschen Geistes wirk-sam zu arbeiten, seine Schule „Schanti Niketon“ (Friedensstein) in Bolpur, einer kleinen Stadt etwa 100 Meilen von Kalkutta an der Bahn gelegen, zu einer internationalen Universität ausgestalten. Beide Schulen werden ihre Schüler austauschen. Auch ein Aus-tausch zeitiger Führerträte ist in Aussicht genommen. Dazu soll eine Verbindung von Darmstadt und Bolpur auch mit dem anderen großen alten asiatischen Kulturmittelpunkt in China treten. Dr. Karl Wilhelm, der früher in Tjingtau tätig war und mit seinen Veröffentlichungen altchinesischer Weisheitsbücher in Deutschland für die tiefere Kenntnis des fernen Ostens gewirkt hat, wird zu diesem Zweck in Peking eine Weisheitsschule gründen.

Lobliche in den Kammerpielen. Lobliche ist einer von den wich-tigsten Großvätern des Pariser Schwaates. Da man sich ein wenig schämt, diese Ware heute nageleu aus Frankreich zu beziehen, liefert Herr Heinrich Bürger die Aufarbeitung nach dem alten Modell. Der Schwant heißt sommerlich „Der Strohhut“. Es handelt sich dabei natürlich um einen Festtritt, den Madame begangen hat. Hat sie ihn schon begangen? Wird sie ihn noch begeben? Wie benimmt sich der Gatte mit den Hörnlein? Wichtige Fragen, die im Wirbel auf-gerollt werden. Ein Strohhut soll als Korpus beistehen dienen. Ein Pferd soll ihn aufgetrieben haben, ein Juvenhauptmann kriegt dar-über den Tropenkoller, ein Bräutigam, sein Bräutlein vom Bande, der Schwiegerpapa, der taube Onkel, der blöde Vetter, sie sind alle auf der Bühne, sie halten einen Modelfors für ein Ständesamt und die Wohnung einer Baronin für ein Birtshaus, wo sie sich jämmer-lich andudehen. Schließlich entwischt natürlich Madame, der Herr Ge-macht trägt seine Hörnlein mit Grazie, der unzufriedene Schwieger-papa wird seine Tochter los, der Bräutigam, der mit einer Modistin wirklich und mit der süchtigen Madame nur dem Scheine nach — . Sie verstehen. Es gibt nichts mehr zu erklären. Alles erklärt sich, nichts erklärt sich, es soll auch alles Unsinns bleiben. Es bleibt ein fröhlicher Unsinns zwei Akte lang. Als der 5. Akt vorbeigezogen ist, hat sich des Sommerjuchauers Müdigkeit schon bedenklich eingestellt. Die Künstler, vor allem Herr Eißhoffer, ein eleganter, ins Wiene-rische übertragener Gräber, Herr Diegelmann und andere, Fräulein Hagenbruch, Käthe Revill, Dorothea Thies usw. spielen das Stück als Parforcejagd. Es darf trotz der Hundstagshitze nicht anders gespielt werden. M. H.

Volksbuchschule Groß-Berlin. Prof. Ferdinand Gregor wird am kommenden Sonntag, vom. 10/., Uhr, in der Luisenparkstr. 15 Erzählungen und lyrische Gedichte lesen.

Preussischer Landtag.

24. Sitzung. Donnerstag, den 2. Juni, mittags 12 Uhr.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung entwickelt sich eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Goebel (Ztr.) stellt den Antrag auf wirtschaftliche Unterstützung der bedrohten Einwohner des ober-schlesischen Abkommensgebietes. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Dr. Meyer-Dippreuen beantragt den Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte auf die Tagesordnung zu setzen. Genosse Siering (Soz.) unterstützt diesen Antrag. Der Antrag wird darauf, da sich kein Widerspruch erhebt, auf die Tagesordnung gesetzt. Sodann ergreift der Finanzminister Sämisch das Wort zum

Haushaletat

für das Jahr 1921 und schildert ausführlich in seiner Rede das Finanzelend, in dem sich auch Preußen durch den Versailler Vertrag befindet.

Das Wehrmachtversorgungsgesetz.

Im Reichstagsauschuss für soziale Angelegenheiten stand heute das Wehrmachtversorgungsgesetz zur Beratung, das die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine samt ihren Hinterbliebenen regelt. Ein Antrag Hoch (Soz.) verlangte, daß den Unteroffizieren und Mannschaften, die keinen Zivildienstschein besitzen, bei Nachweis der Bedürftigkeit auf Antrag ein Zuschuß auf die laufenden Uebergangsgeldern bis zu ihrer vollen Höhe gewährt werden solle, während der Befreiung die Zuschußgewährung durch eine Kann-Vorschrift in das Belieben der Behörde stellt. Der Ausschuss nahm dann einen entsprechenden Antrag André (Z.) an, der an Stelle der Kann-Vorschrift eine die Behörde bindende Soll-Vorschrift setzt. Auf weitere Ausführungen des Abg. Hoch (Soz.) entgegnete Reichswehrminister Dr. Götler, daß bei wichtigen Verwaltungsangelegenheiten stets die Vertrauensmänner der Truppen gehört würden; eine Mitwirkung der Unteroffiziere und Mannschaften sei also gesichert. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf bis zu § 22 teilweise in veränderter Form angenommen. Weiterberatung Freitag.

Eine Ansprache des Ministers Barthou.

Paris, 2. Juni. (E.) Auf seiner Inspektionsreise ins Rheinland hielt der französische Kriegsminister Barthou vor den Soldaten in Worms eine Ansprache, in der er ausführte, er habe sich allenthalben davon überzeugt, daß die Deute gut gekleidet, gut ernährt seien und gute Wohnungen hätten. Er begrüßte die Offiziere zu ihrer Wachsamkeit und Aufmerksamkeit und stellte fest, daß der Jahrgang 1919 allen Drohungen und Versuchungen Widerstand geleistet habe. Er habe eine Haltung eingenommen, für die Frankreich dankbar sein könne. Die Soldaten von 1919 sollten von ihrer unvorhergesehenen Rheinlandreise einen befriedigenden Eindruck haben. Ihre Einberufung sei nicht zwecklos gewesen. Der Anwesenheit dieser Soldaten sei es zu verdanken, daß Deutschland sich unterworfen habe. Die Soldaten wären es, die Deutschland zum Zahlen zwangen. Und darauf könnten sie stolz sein.

Groß-Berlin

Die Nöte der Bezirksämter.

Die unerfreuliche Hinausschiebung der Bildung der Bezirksämter hat zu einer überhäufteten Aufstellung der Bezirks-Haushaletpläne geführt, die nicht im Interesse der Entwicklung des neuen Berlin liegen kann. Die Bezirke mußten bis 31. Mai die Haushaltspläne fertig gestellt haben, das Gesetz verlangt die Fertigstellung des Stats Berlin bis zum 30. Juni. Die erste Statuaufstellung im neuen Berlin sollte man meinen, erfordert eine eingehende vorbereitende Arbeit, die doch nur Vorberatung sein kann, die schwierigen finanziellen Klippen zu umschiffen. Kommt doch für die Bezirke 7-20 hinzu, daß nicht allein die Haushaltspläne der früheren Einzelgemeinden mit hineingearbeitet werden müssen, sondern auch die Bezirksboranschläge müssen dem Berliner Musterentwurf angepaßt werden; der nahezu unübersichtliche ist.

Den Bezirken müßte nach Zusammenstellung aller Boranschläge die Möglichkeit der Nachprüfung ihrer eigenen Haushaltspläne gegeben werden. Der „Los-von-Berlin“-Bewegung wird durch die unzureichende Beratung nur neuer Stoff zur Agitation geliefert werden. Wenn nicht, was kaum zu erwarten ist, bei der Statuaufstellung in Berlin die örtlichen, verschiedenartig gelagerten Bedürfnisse der einzelnen Bezirke berücksichtigt werden. Waren doch im Jahre 1920 die Lasten in den Arbeitergemeinden schon fast unerträglich. Bei größter Sparsamkeit wurden fast alle Finanzquellen erschöpft, um den Bedarf per Kopf der Einwohnerzahl zu erhalten, der hier gegenüber den westlichen Gemeinden bedeutend niedriger gehalten wurde, was ja in den Schulverhältnissen sowie öffentlichen Anlagen besonders zum Ausdruck kommt. Berlin hatte 1920 einen Bedarf per Kopf von 410 M., der 10. Bezirk (Zehlendorf) 580 M., der 16. Bezirk (Göpenich) 222 M., der 7. Bezirk (Charlottenburg) 471 M., der 17. Bezirk (Lichtenberg) 260 M. Der Stat 1920 schloß mit einem Fehlbetrag von 400 Millionen ab, die in den nächsten fünf Jahren getilgt werden sollen, für 1921 erstmalig 80 Millionen. Die Steuererhebung gegenüber 1920 bringt schon allein eine starke Mehrforderung aller Bezirke mit sich, so daß es äußerst schwierig ist, in so kurzer Zeit Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und hierbei die Bedürfnisse der Außenbezirke genügend zu berücksichtigen. Die Quantitätsgleichheit beginnt sich hier zu regen, die nachgesuchten Bauerlaubnisse steigern sich in erschreckender Weise, was natürlich die Aufgaben der Bezirksverwaltung wachsen, wie Schaffung von Schulen usw. Diese für die Gesamtgemeinde in ihrer zukünftigen Entwicklung bedeutungsvollen Vorgänge können bei der mit Eilzugsgeschwindigkeit betriebenen Aufstellung der Haushaltspläne nicht genügend beachtet werden.

Es sollte daher die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht im Interesse der ordnungsgemäßen und gewissenhaften Aufstellung der Stats der neuen Stadtgemeinde Berlin liegt, eine Verlängerung der gesetzlichen Einreichungsfrist zu erreichen. Dem Werden des neuen Berlin sind schon soviel Widerstände erwachsen, die durch eine oberflächliche Statüberlegung nur noch gesteigert werden könnten.

Komtesse Oceana aus Neukölln.

Man sollte meinen, daß in Berlin, der „Stadt der Intelligenz“, die Leute allmählich so klug geworden sind, daß sie nicht gleich bei der Kennung eines Adelsnamens in „Ehrfurcht ersterben“. Da das aber nicht der Fall ist, so kann es denn nicht Wunder nehmen, daß Gauner und Schwindler immer wieder mit Erfolg auf die Titelsucht jener Leute spekulieren, die nicht alle werden.

Eine Heiratschwindlerin ungewöhnlicher Art machte am Kaiserdomm eine ansehnliche Beute. Bei einer Familie, die dort wohnt, fand im Dezember v. J. ein junges Mädchen als russischer Flüchtling

Die Armeniergreuel vor Gericht.

Der Prozeß gegen den Mörder Talaat Paschas, des ehemaligen türkischen Großwesiers, bildete heute den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lehmburg.

Die Anklage wegen Mordes richtet sich gegen den türkischen Staatsangehörigen, Studenten der Medizin, Salomon Teilirian aus Charlottenburg, der beschuldigt ist, am 15. März den früheren türkischen Großwesier Talaat Pascha ermordet zu haben.

Die Anklage wird vom Staatsanw.-Rat Dr. Bollnick vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Geh. Justizrat Dr. v. Gordon, Justizrat Dr. Berthauer und des bekannten Staatsrechtslehrers Prof. Dr. Niemeyer-Riel.

Da der Angeklagte der deutschen Sprache nicht mächtig ist, sind zwei Dolmetscher der armenischen und der französischen Sprache geladen.

Unter den zahlreichen von der Anklage und der Verteidigung geladenen Zeugen befindet sich die Witwe des Ermordeten, Frau Talaat Pascha, General Liman von Sanders, Viktor Hahn-Charlottenburg. Als Sachverständige sind anwesend: Geh. Sanitätsrat Dr. Schmielinski, Charlottenburg, Prof. Dr. Caspary, Prof. Forster, Geh. Rat Piepmann, Medizinischer Rat Dr. Störmer, prakt. Arzt Dr. Schloß, Kaufmann Baker, Hofbildhauer Barrella.

Der jetzt 24 Jahre alte Angeklagte ist in Bakaratich in der Türkei geboren. Auf Befragen des Vorsitzenden schildert er zur Vorgeschichte der Tat ausführlich die

türkischen Greuel in Armenien.

Im Jahre 1915 sei die armenische Bevölkerung dieses Ortes durch die Nachricht in die höchste Erregung versetzt worden, daß die türkische Regierung gewaltsame Maßregeln gegen die Armenier ergreifen werde. Er war damals 18 Jahre alt. Es sei plötzlich das Gerücht gekommen, daß die Schulen geschlossen werden und die angesehensten Personen der Stadt weggebracht werden würden. Das sei denn auch geschehen. Die Bevölkerung sei in Kolonnen unter Führung von Gendarmen und Soldaten, denen sich zahlreicher Pöbel angeschlossen habe, weggeschleppt worden, nachdem man den Leuten ihr Geld und ihre Habe weggenommen, und es sei dann

ein Massaker veranlaßt

worden, dem auch seine Eltern und Geschwister zum Opfer gefallen seien. Er selbst habe, nachdem

seinem jüngsten Bruder mit einem Beil der Schädel gespalten worden sei, einen Schlag auf den Kopf erhalten, so daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Nach seiner Meinung sei er erst nach zwei Tagen wieder zu sich gekommen. Die Leiche seines ältesten Bruders habe auf ihm gelegen. Er sei dann in das nächste Dorf gewandert, wo ihn eine zum Stamm der Kurden gehörende alte Frau beherbergte, bis seine Wunden geheilt waren. Dann habe

ein Unterkommen. Es nannte sich Komtesse Tranjewitas Oceana von Odpari-molanowicz und erzählte, daß es vor den Bolschewisten aus der russischen Heimat habe fliehen müssen. Die Russin gab sich für eine Verwandte der Familien von der Osten aus, die in Rußland einen Grundbesitz im Werte von 22 Millionen hätten. Ihr eigener Grundbesitz sei auch 20 Millionen wert. Verfügungen könne sie aber darüber einstweilen noch nicht, weil sie noch unter Vormundschaft stehe. Vorgespiegelte Beziehungen zu einem bekannten Staatssekretär waren geeignet, ihr Vertrauen und Ansehen zu verschaffen. So kam es, daß die Russin nach und nach auf einen Sohn der Komtesse so großen Eindruck machte, daß er um sie warb. Der 20-Millionen-Grundbesitz in Rußland mochte den günstigen Eindruck wohl noch etwas verstärkt haben. Die „reiche Russin“ erwiderte auch die Werbung, hat jedoch, die Verlobung hinausgeschoben, bis sie selbständig über ihr Vermögen verfügen könne. Die Regelung der Vermögensverhältnisse kostete aber einstweilen noch erhebliche Mittel, die die Russin auch nach und nach erhielt, bis sie eines Tages unter Mitnahme schöner Schmuckstücke verschwand. Der Familie war, alles in allem, ein Schaden von 150 000 Mark erwachsen. Jetzt beschäufte sich die Inspektion B II, 2 der Kriminalpolizei mit dem russischen Flüchtling und erkannte in ihm eine 26 Jahre alte, aus Neukölln gebürtige Erna Preiß, die Tochter eines Schmiedegesellen wieder, die schon einmal die Polizei beschäftigt hatte. Eine Spur führte nach der Lutherstraße. Hier wurde sie dann auch bei einem zweiten Bräutigam, den sie mit den gleichen Vorgespiegelungen eingefangen hatte, ermittelt und festgenommen. Die Verhaftete versichert, daß sie niemals um Geld gebeten habe. Ihr falscher Name und ihre allerdings schwindelhaften Erzählungen allein hätten genügt, die Beute zu veranlassen, ihr „das Geld nur so an den Hals zu werfen“.

Auto- und Fuhrwerkskalle in Zehlendorf.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Im Zuge der Potsdamer Chaussee zwischen Zehlendorf und Schlachtensee befindet sich eine Bahnüberführung der Wanneseebahn. Das Niveau der Straße mußte bei der Herstellung der Ueberführung stark gesenkt werden, so daß die Straße unter der Ueberführung eine starke Einlenkung erfahren hat. Nach den letzten Regengüssen waren die Wassermassen von beiden Seiten in diese Einlenkung geströmt und stauten sich dort, da kein Abfluß vorhanden ist, bis zu einer Tiefe von einem Meter an, so daß der starke Fuhrwerksverkehr (Auto, Wagen, Motorräder und Fahrräder) am letzten Sonntag nicht nur gehindert, sondern zum Teil garabegab gefährdet war. Einige Autos, die die Durchfahrt versuchten, erlitten mitten im Wasser eine Panne. Vor den Fuhrwerken scheuten die Vierde. Am schlimmsten aber waren die Motorradfahrer daran, die ihre schweren Räder über einen sehr schmalen Fußsteig führen mußten. Diese schauerhaften verkehrshemmenden Zustände bestehen schon längere Zeit, ohne daß anscheinend eine Behörde sich darum kümmert oder gar für Abhilfe sorgt. Die fragliche Stelle liegt zwar im Bereich des 10. Bezirks (Zehlendorf), aber die Chaussee wird vermutlich Provinzialchaussee sein, so daß die Provinzialverwaltung für die Änderung zu sorgen hätte. Wer auch immer „zuständig“ sein mag, je schneller hier Abhilfe geschaffen wird, desto besser ist es für den Verkehr. Es könnte sonst geschehen, daß geschädigte Fuhrwerksbesitzer Schadenersatzansprüche stellen, für die dann die Steuerzahler aufkommen müssen.

Eine neue Verteuerung der Gräberpflege.

Auf den meisten Friedhöfen muß, wer die Gräber seiner Verstorbenen pflegen und schmücken will, die ärgste Geldschneideerei über sich ergehen lassen. Er kann z. B. keinen Denkstein aufstellen, keinen Baum oder Strauch pflanzen, ohne daß man ihm dafür eine besondere Gebühr abnimmt. Daher tritt denn auch der Klagen gegen die Friedhöfe fast noch krasser als im Leben hervor. Gräber zu begreifen ist gewöhnlich nur nächsten Angehörigen der Verstorbenen erlaubt. Wer diese Arbeit nicht selber besorgen kann, darf sie nicht einer beliebigen fremden Person überlassen. Zur Gräberpflege gegen Entgelt müssen die Hinterbliebenen sich der Angestellten des Friedhofes bedienen. In neuester Zeit sind erfinderische Köpfe auf den Gedanken verfallen, auch bei Pflege durch Angehörige noch eine Gebühr zu erheben. Warum sollen wir, sagten sie, den Leuten das Wasser umsonst liefern, wo die Herrichtung von Brunnen oder gar einer Wasserleitung ein schweres Geld kostet? Zwar hat früher wohl niemand ein Mensch daran gezweifelt, daß die Lieferung von Gießwasser zu den selbstverständlichen Leistungen gehört, auf die mit der Zahlung des Grabstellengeldes ein Anrecht erworben wird. Aber „in dieser teueren Zeit“ ist man ja um Begründungen nicht verlegen, wenn dem Verbraucher ein neues Opfer aufgeopfert werden soll. Wie die Einführung der besonderen Wassergebühr wirkt, zeigt uns

ihn die Frau bedeutet, daß sie ihm nicht weitere Gattfreundschaft gewähren könne, da die Regierung es verboten habe, armenischen Flüchtlingen Obdach zu gewähren. Nachdem sie ihm, da seine eigenen Kleider blutbesetzt waren, alte türkische Kleidung gegeben hatte, flüchtete er in die Wildnis und blieb in den Bergen auf zwei Leidenswochen. Sie wären zu Dreien dann des Nachts marschiert und am Tage hätten sie geschlafen, da sie sich nicht von den türkischen Gendarmen sehen lassen durften. Der Angeklagte schilderte, mit Hilfe des Dolmetschers schwer verständlich, sein weiteres ruheloses Hin- und Herwandern in Persten und anderen Ländern. Als er gehört, daß seine Vaterstadt wieder befreit sei, sei er dorthin zurückgekehrt, habe aber

nur noch zwei Familien

der früheren armenischen Bevölkerung vorgefunden. Als er sein völlig verwaistes und verödetes Vaterhaus betreten, sei er völlig hilflos geworden, ohnmächtig zusammengefallen und habe seitdem mehrfach solche Anfälle gehabt. Von seinen Eltern wußte er, daß sein Vater etwas Geld in der Erde vergraben gehabt hatte; er habe danach gefahndet und auch 4800 türkische Pfund ausgraben können. Der Angeklagte schildert seine weiteren Wanderungen in aller Welt. Auf Befragen nach dem Grunde dieses Hin- und Herreisens erklärte er, daß er studieren wollte. Anfang 1920 sei er nach Paris gekommen. Die Armenier haben

Talaat Pascha für den Urheber und Verantwortlichen

für das Massaker angesehen und allgemein sei die Empörung gegen diesen Mann gewesen. Schon damals sei ihm der Gedanke gekommen, Rache für die an seiner Familie begangenen Verbrechen zu nehmen. — Geh. Rat Prof. Dr. Niemeyer: Ist dem Angeklagten bekannt, daß vom Kriegsgericht in Konstantinopel wegen der armenischen Greuel

Talaat Pascha zum Tode verurteilt

worden ist? — Dem Angeklagten ist dies bekannt.

Hierauf wird der Eröffnungsbeschuß verlesen und ins armenische überetzt. Der Angeklagte erklärte heute, daß er die Frage nicht mit ruhiger Ueberlegung begangen habe. Auf den Vorhalt, daß er früher dies offen zugegeben habe, erklärt Teilirian: Ich fühle mich nicht schuldig, weil mein Gewissen rein ist. Etwa zwei Wochen vor der Tat, tauchten wieder die Bilder des Massakres von Erzinia vor mir auf. Ich sah meine Mutter und meine Brüder und meine vergewaltigten Schwestern als Leichen liegen. Plötzlich

stand die Leiche meiner Mutter auf.

stellte sich vor mir hin und sagte: „Du weißt, daß Talaat Pascha hier ist. Du bist völlig indifferent, du bist also nicht mein Sohn!“ Ich wurde nun plötzlich wach und da sagte ich den Entschluß, Talaat Pascha zu töten.

der Brief einer alten Frau, die auf dem Weihenfer Friedhof der Berliner Georgengemeinde die Gräber von Angehörigen pflegt. Sie klagt bitter, daß dort plötzlich eine Wassergebühr von 5 M. pro Sommer erhoben wird. Wer sie nicht bezahlen will, darf auf dem Friedhof kein Wasser mehr entnehmen und kann die Gräber seiner Lieben verkommen lassen. Auf Anfrage beim Zentralsbureau der Georgengemeinde (Kurze Str. 2) wird uns allerdings gesagt, daß Unbemittelten die Gebühr erlassen werden kann. Da sind wir neugierig, wie weit man den Begriff „unbemittelt“ erstrecken wird. Wir empfehlen, in weitestem Umfange den Anspruch auf Gebührenerlass geltend zu machen.

Ferientourenzüge.

Zum ersten Male nach dem Kriege sollen in diesem Jahre wieder Ferientourenzüge gefahren werden, die die Aufgabe haben, zu ermäßigten Sätzen den Hauptstrom der Reisenden aufzunehmen und so zur Entlastung der fahrplanmäßigen Züge beizutragen. Zu diesen geplanten Ferientourenzügen soll ein ermäßigter Satz gelten, und zwar wird in der dritten Klasse der Einheitszug statt 19,5 Pfennig je Kilometer nur 18 Pf. betragen. Da jedoch die sonst üblichen 45-tägigen Rückfahrkarten nicht mehr ausgeben werden, müssen die Reisenden für jede Fahrt in solchen Zügen einfache Karten zu dem ermäßigten Satze lösen. Infolge der durch die ober-schlesischen Vorgänge hervorgerufenen Kohlennot sind nur verhältnismäßig wenige Züge gegenüber dem Friedensverkehr vorgesehen. Von Berlin aus ist der Verkehr von Ferientourenzügen vorgesehen: nach dem Riesengebirge 8 Züge, nach dem Harz 3 Züge, nach der Nordsee 3 Züge, nach Baden 3 Züge, nach München 4 Züge, nach den Ostseebädern insgesamt 10 Züge, von denen u. a. Züge nach Warnemünde, Rügen, Swinemünde, Kolberg und Stettin verkehren sollen, nach Bärntenberg sind 2 Züge vorgesehen, während nach dem Sauerland, nach Thüringen und der Sächsischen Schweiz je ein Zug verkehren soll. Die Fahrpläne und die Preise für die Sonderzüge werden erst jetzt aufgestellt und voraussichtlich in etwa 14 Tagen, jedoch rechtzeitig vor Beginn des Vorverkaufes, veröffentlicht.

Keine Besteuerung des „Griffenminimums“.

Die Stadt Berlin hatte, wie erinnerlich, nach lebhaften Kämpfen die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommensteils beschlossen und erwartet hieraus eine jährliche Einnahme von 10 Millionen. Durch die im März Gesetz gewordenen Änderungen des Reichseinkommensteuergesetzes ist diese Steuerquelle der Stadt verschlossen worden. Eine Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens gibt es nicht mehr. Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben dies in einem Erlaß an die Oberpräsidenten ausdrücklich hervor. Eine Genehmigung und Zustimmung zu Gemeindesteuerverordnungen über eine derartige Besteuerung des Mindesteinkommens kommt also nicht mehr in Betracht. Ueber die Frage, inwieweit den Gemeinden hierfür Ersatz geleistet werden soll, schweben noch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, die aber bald zum Abschluß kommen dürften.

Eine Liebestragödie hat sich heute Nacht in der Nähe von Gatow auf der Havel abgespielt. Beamte der Schusspolizei hörten mehrere Schüsse fallen und bemerkten ein führerloses Boot. Als man es ans Land gezogen hatte, entdeckte man in dem Kahn die leblosen Körper eines jungen Paares. Der Mann hatte einen Revolver in der Hand, mit dem er erst das Mädchen und darauf sich selbst durch Kopfschüsse getötet hatte. Die Leichen der beiden wurden zunächst nach dem Krankenhaus in Spandau gebracht, wo die ärztliche Untersuchung nur den Tod bestätigen konnte. Die Personalien konnten noch nicht ermittelt werden.

Die Butter im Freiverkehr kostete heute im Westen Berlins 28 M. das Pfund, während in den Außenbezirken das Pfund mit 25 M. angeboten wird, ohne allerdings große Abnahme zu finden. Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten mit vielen kleinen Kindern können diese Preise nicht zahlen und sind weiter auf Schmalz und Margarine angewiesen.

Gegen die Besteuerung der Kraftdroschken wandte sich eine von etwa 2000 Personen besetzte, in den Germania-Sälen tagende Protestversammlung der Berliner Kraftdroschkenbesitzer. Falls die Abfuhr Berlins, die Kraftdroschken mit einer zehnprozentigen Steuer zu belegen, durchgeführt werde, sei mit einer zwanzigprozentigen Abnahme des Verkehrs zu rechnen. Das würde aber die Entlassung von mindestens zwei Dritteln der Angestellten zur Folge haben. Viel mehr müsse auf einen Abbau der Fahrpreise hingewirkt werden. Eins in diesem Sinne gehaltenen Resolution wurde angenommen.

Erster Verbandstag des ZDA.

Weimar, den 1. Juni 1921.

Schluss des dritten Verhandlungstages.

Die Diskussion über die Vorstandsberichte wurde am Dienstag in um mehrere Stunden verlängerter Sitzung zu Ende geführt.

In den oft leidenschaftlich aufwallenden Debatten spielte besonders das kommunistische Problem, soweit es das Verbandswesen betrifft, eine Rolle.

Die scharf oppositionelle Note wurde vor allem von Delegierten Leipzig, einem Teil der Berliner, einem Hanauer, einem Halleischen und dann noch einem Magdeburger Delegierten angeschlagen. Sie wandten ein, die „Zellenbildung“ von links sei zu verurteilen, aber ebenso seien die Lieberabstufungen von rechts. Wer zielklar gegen die Bestrebungen der Organisation handele, müsse entfernt werden, aber ohne Rücksicht darauf, welches Parteimitgliedsbuch er in der Tasche habe. Hierzu aber biete schon das Statut allein die Handhabe. Der Beiratsbeschluss dagegen sei gefährlich und würde zu neuem

Kampf, Verwirrung und Zerrüttung

föhren. Dem wurde von der anderen Seite, insbesondere von Ragnz-Berlin, Brüggemann-Mannheim, Meier-Freiburg, Ehrenreit-Hamburg, Franz Krüger-Berlin, Landgraf-Chemnitz und dann von Urban und Giebel in ihren Schlussworten entgegengehalten, Idealismus brauche man einem großen Teil der Kommunisten nicht abzuprechen; aber die Duldung könne nicht so weit gehen, daß man ihnen gestatte, in ihrer jugendlichen Erkenntnis kulturentwendige Organisationen zugrunde zu richten. Der Beiratsbeschluss sei der natürliche Selbstschutz gegen das Bestreben, aus den Gewerkschaften

Rekrutenschulen für die Dritte Internationale

zu machen. Es genüge nicht, daß ein Beamter sich nicht gegen die Zweite Internationale wendet, es komme darauf an, daß der Beamte und ehrenamtliche Tätige die Zweite Internationale und alle Verbandsziele fördere. Nicht solle schon ausgeschlossen werden, wer einer Partei der Dritten Internationale angehöre, aber er solle keine beamtete und ehrenamtliche Tätigkeit im Verband ausüben dürfen. Ausgeschlossen aber solle werden, wer sich im Sinne der wahnwichtigen Richtlinien von Moskau betätige. In wahnwahnlicher Abstimmung wurde der heimlichstrittene Beiratsbeschluss mit 63 gegen 59 Stimmen angenommen. Damit war ein Mittelsantrag, Platau-Cohn-Jacobowitz-Berlin und 28 weiterer Genossen, sich auf den Boden des minder weitgehenden Beschlusses des Afo-Bundes stellen, gefallen.

Weiter wurde von Diskussionsrednern bemängelt: Langsamkeit in der Vornehmung der notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Kasse, in der Anstellung von Beamten und Verbandsreisenden, wie überhaupt in der Ausführung von Verbandsratsbeschlüssen, das getätigte Kompromittieren bei den Kaufmannsgerichten usw. Verschiedenerseits wurde gewünscht, daß die Presse den Mitgliedern nicht mehr nur auf Bestellung, sondern allgemein vom Verband gegeben werde. Stärkung der Hauptkasse und Erhebung höherer Ortszuschläge zu selbständiger Erfüllung der Ortsaufgaben wurde empfohlen. Zu der strittigen Frauenfrage äußerten sich die meisten der dazu Redenden dahin, daß ihr einheitlich im Gesamtverband gebietet werden möge. Bezüglich der Verschmelzung mit dem Verband der Angestellten des Buchhandels wurde ein Antrag der Leipziger Delegierten, unter ihrer Mitbeteiligung die Verschmelzungsbedingungen noch einmal durchuberateten, abgelehnt und das Verschmelzungsabkommen gegen 6 Stimmen gutgeheißen.

Nach Schlussworten der Vorstandsberichterstatter erfolgte die beantragte Entlastung für Giebel als Leiter der Pensionskasse und Bucher als Hauptkassierer.

Eine Reihe interner, zum Teil auf die Presse bezüglicher Anträge (die Zustellung der Presse betreffend) wurden angenommen bzw. dem Vorstand überwiesen.

Vierter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Mittwochs-Sitzung beantragt Boepple-Ludwigshafen die Ungültigkeitserklärung der Mandate der kommunistischen Delegierten und bezeichnet dies als Konsequenz der gestrigen Zustimmung zum Beiratsbeschluss.

Eine Reihe Redner sprachen für und gegen den Antrag. Giebel führt aus, der Verbandstag schaffe zwar die Gesetze, aber die Ausführung obliege den zuständigen Verbandsinstanzen, schlägt Aussetzung der Abstimmung und Prüfung der sachgemäßen Möglichkeit des Antrags Boepple vor.

Leipart führt aus, schon gestern Zweifel über die Zweckmäßigkeit des Antrages und gestrigen Beschlusses gehabt zu haben; diese Zweifel seien ihm angesichts der jetzigen Vorgänge noch stärker geworden. Er empfiehlt dringend den Vorschlag Giebels auf Einsetzung einer Kommission, die aber den gestrigen Beschluss und die daraus zu ziehenden Konsequenzen noch einmal vollständig nachprüfen möge und es dann woßf zuzewege bringen werde,

das wahre Gesicht des Verbandstages

wieder herzustellen. Der Verbandstag beschloß, die Beratung des Antrages Boepple zunächst auszusetzen und trat in die Beratung des Punktes „Reorganisation der Afa“ ein.

Urban, als Referent, und Leipart, als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, empfehlen in eingehender Begründung die Zustimmung zu dem vom ADGB und Afa-Bund vereinbarten, gedruckt vorliegenden Organisationsvertrag. — Nachdem Lange-Redakteur, Hauserr-Vorstand, Süß-Afa-Bund, Kübler-Köln und Platau-Berlin beifälligend, Klem-Leipzig und Ehrenreit-Hamburg dagegen für das alte Verbleiben beim ADGB gesprochen, wird Debattenschluß gemacht und in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 47 Stimmen die Vorlage angenommen.

Ohne Debatte und in namentlicher Abstimmung wird darauf einstimmig die bereits im Mittwoch-Morgenblatt gemeldete Auslegung des Beiratsbeschlusses vom 21. 9. 20 angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Streit der Mineralwasserarbeiter.

Die Fabrikanten veröffentlichten in der bürgerlichen Presse eine Notiz, die behauptet, daß unerfüllbare Lohnforderungen gestellt worden sind und der Geschäftsgang sich verschlechtert hat. Diese Behauptungen sind den Tatsachen nicht entsprechend. Von Forderungen, die nicht bewilligt werden können, kann gar keine Rede sein, die Fabrikanten wollen nicht, sie hielten es nicht einmal für notwendig, Verhandlungen zu führen. Allgemein üblich ist, daß die Vertragskontrahenten sich gegenseitig aussprechen, um letzten Endes dann doch zu einer Einigung bzw. Verständigung zu kommen. Die Löhne sind im Verhältnis zirkum um das Neunfache gegenüber früher gestiegen, die Produkte dagegen um das Zehn- bis Fünzfache. Hinzukommt, daß die Qualität erheblich schlechter geworden ist. Auch sind der Organisation von einigen Arbeitgeberern Angebote gemacht, über die verlangten Lohnsätze hinaus Bewilligungen zuzugestehen, bisher hat aber der Deutsche Transportarbeiterverband solche Angebote mit Absicht abgelehnt. Auch die Behauptung, daß der Konsum in Selterswasser und Limonaden nachgelassen hat, ist nicht zutreffend. Einige Unternehmer glaubten den Schutz der „Grünen“ anfordern zu müssen, der ihnen auch sofort gewährt wurde. Besonders rühmt sich die Firma Bohl, Komintener Straße, damit, daß bereitwillig und sofort Schutz gewährt worden ist. Trotz der großen Arbeitslosigkeit beschäftigt die Firma Handwerker, die tagsüber anderweitig voll beschäftigt sind. Andere Unternehmer haben ihren Arbeitern erklärt, daß das Arbeitsverhältnis gelöst werden wird. Die Streikenden werden diesen „Bluff“ nicht tragisch nehmen.

Die Streiklokale befinden sich für den Osten bei Jenzara, Reichsforst 15 (Rohrplatz 1548); für den Süden bei Bientke, Boppstraße 1 (Rohrplatz 10533); für den Norden bei Kerstin, Pantstr. 60 (Rohrplatz 5844); für den Westen bei Petrie, Rehringstr. 9 (Wilm 1821).

Die Potsdamer städtischen Arbeiter beschlossen in ihrer gestrigen Versammlung, von einem Gelamiasstand abzuhelfen und dafür von ihrem Lohnentkommen die streikenden Straßenbahner zu unterstützen. Die Unterstützungsquote wird von den Organisationen festgelegt.

Die englischen Bergarbeiter haben in den meisten Bezirken die letzten Vorschläge Lord Georges abgelehnt. Sie beharren auf ihrem Standpunkt, daß die Gewinne aus allen Bergwerken in eine gemeinsame Kasse fließen müssen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitglieder-Versammlung Freitag: Neukölln, Bürgerpark, Bergstr. 147, 7 1/2 Uhr. — Zentrum-Süd, Alexander-Platz, 7 1/2 Uhr. — Ober-Schöneberg, Hubertus, Eblen-, Ede-Platz, 7 1/2 Uhr. — Osten II, Bogenslohn, Rauschpromenade 2, 7 1/2 Uhr. — Potsdamer-Romanen, zum Mühlenturm, Neubabelsberger Str. 7 1/2 Uhr. — Schöneberg, Ehrenhof, Berlin, 6 1/2 Uhr. — Südosten, Götterstr. 14, 7 1/2 Uhr. — Tempelhof, Casino-Restaurant, Tempelhof, Berliner Str. 7 1/2 Uhr. — Weidenhof, Spatenstraße, Berliner Allee 232, 7 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Einfuhrbeschränkung — wirtschaftliche Materialausnutzung.

Im Zusammenhang mit den Erörterungen über die ungeheuer schwierige Erfüllung der uns auferlegten Reparationsleistungen wird mit Recht gefordert, daß wir mehr noch als bisher die Einfuhr nach Möglichkeit beschränken, und daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um die gewerblichen Betriebe und das uns zur Verfügung stehende Material rationell und restlos auszunutzen. Insbesondere wurde verlangt, daß eine Organisation gebildet werde, die sich die rationelle Ausnutzung der Rohstoffe und Materialien und die möglichst weitgehende Verbreitung dieser Bestrebungen in der Industrie zum Ziele setzt.

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt, daß das Reichswirtschaftsministerium seit langem diesen Fragen besondere Beachtung schenkt. Es sind mit Unterstützung durch Reichsmittel seit Jahren größere Aufgabengebiete in Bearbeitung. Die Inangriffnahme der Rationalisierungsarbeiten und organisatorischen Maßnahmen wurde dadurch vereinfacht und beschleunigt, daß bereits Körperchaften bestanden, deren Arbeitsprogramm in der Hauptsache auf die Erreichung dieser Ziele eingestellt war. Der Verein Deutscher Ingenieure und mehrere angeschlossene Körperchaften haben sich die Hebung der gewerblichen und industriellen Produktion zum Ziel gesetzt nach folgenden Richtlinien:

1. Sparsames Umgehen mit unseren Rohstoff- und Energievorräten,
2. weitestgehende Verwendung nationaler Rohstoffe; deren wirtschaftlichste Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung; sparsamstes Umgehen mit teuren Einfuhrstoffen,
3. Wirkungsreichste Ausnutzung aller Produktionsmittel,
4. Anwendung der Normalisierung, Spezialisierung und Typisierung ohne Beeinträchtigung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung,
5. Verbreitung der Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung,
6. Erziehung des Menschen als Produktionsfaktor zum wirtschaftlichen Denken und Handeln.

Zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit wird also neben der

rationellen Rohstoffausnutzung, der weitgehenden Verwendung einheimischer Rohstoffe und der Freimachung von ausländischen Rohstoffen mit allen Mitteln angestrebt, die Steigerung der Güte und der Herabsetzung der Kosten der Erzeugnisse im Handwerk und in den verschiedenen Industriezweigen zur Durchführung zu bringen.

Zur zusammenfassenden Bearbeitung aller dieser Fragen hat das Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1920 einen Reichskommissar für gewerbliche Wirtschaft eingesetzt. Am diese aus dem Wirtschaftsleben herauswachsenden Aufgaben der Selbstverwaltung zu übergeben, wird an dessen Stelle in den nächsten Wochen ein aus führenden Männern des Wirtschaftslebens, Parlamentariern und Behördenvertretern zusammengesetztes „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Gewerbe“ treten.

Ueber die Wirkung der Sanktionen im bergischen Lande wird den BKA geschrieben: Im bergischen Lande besteht bekanntlich ein lebhafter Veredelungsverkehr von und nach dem besetzten Gebiet, der sich auf das Färben von Textilwaren bezieht, und ein Ausbesserungsverkehr (Teilenschleiferei). Durch die Errichtung der Rheinzoollgrenze ist eine Verendung und derartige Waren, die zweimal die Zollkontrolle überschreiten müssen, infolge der überaus umständlichen Verendungsvorschriften unmöglich gemacht. Der Industrie, die schon jetzt unter einer umfangreichen Beschäftigungslosigkeit leidet, wird dadurch eine weitere Möglichkeit genommen, ihre Arbeiter zu beschäftigen, so daß mit einer weiteren Vermehrung der Arbeitslosigkeit unbedingt zu rechnen ist. Auch für andere Sendungen hat sich die Kontrolle an der Rheinzoollgrenze als derartig hinderlich erwiesen, daß ein ganz erheblicher Rückgang in solchen Sendungen eingetreten ist, ganz abgesehen von der erheblichen Verteuerung der Waren infolge der Verzögerung. Die Verzögerung der Bahn- und Postsendungen nehmen von Tag zu Tag zu, da die Erteilung der Ein- und Ausfuhrbewilligungen der Dienststelle in Bad Ems schwer zu erhalten ist.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin.

Gewinn-Auszug

17. Preuss. = Südd. (243. Preuss.) Klassen-Lotterie
6. Klasse. 19. Ziehungsstag. 1. Juni 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer und einer auf die Losnummer in den beiden Abteilungen I und II

Losnummer	Nachdruck verboten.
2 zu 40000 M 30000	
10 zu 10000 M 3642 33634 78517 112181 201615	
6 zu 5000 M 21418 52001 184918	
88 zu 3000 M 6394 8043 12407 12855 28675 35411 36771 46845 63918	
54385 67472 68089 69270 77236 79594 81137 83767 87428 93541 105135	
109997 115171 117427 118480 119148 119618 120483 121123 125798 134326	
167715 175902 176139 176207 180342 180812 191194 192045 193522 210069	
218364 228190 231444 235633	
105 zu 1000 M 5018 6267 6905 9382 9674 16318 17816 17845 21155	
21536 25008 26834 27725 29847 29358 37605 40970 43787 47508 52019	
52610 62949 64972 68908 69017 69426 80331 80855 81417 11578 75882	
76820 78727 76816 80482 83382 86016 87973 90239 92553 100128	
101832 102900 104470 105761 107603 11842 117508 118779 118989 121951	
125855 127453 127840 128328 140074 147884 148643 147037 148279 150997	
150905 152778 157840 167253 161096 188208 168731 159109 175244 179122	
182147 183573 183716 184988 187106 187891 190876 194008 194722 198292	
198676 198345 200740 202937 204138 206044 216372 223005 224812 225101	
226103 226771 229774 232950 236130 239430 239934	
276 zu 500 M 6429 7253 8353 8680 11468 13701 14880 14959 15480	
16746 16413 17876 20614 20748 23127 23055 24880 29069 32995 35011	
35983 38289 39589 40863 43883 43874 44059 49121 49261 47733 48127	
49209 49781 51523 53291 53992 67304 68619 69700 61880 63116 68038	
71652 71601 72026 72049 73609 78297 79028 76756 7796 79482 85097	
87729 88016 81172 83256 85138 90229 87116 102196 106114 105471	
105480 106714 106943 107360 107367 110058 111001 115443 115233 118340	
120649 121923 124828 124840 125615 126734 129979 129445 129851 129550	
129599 131823 131835 132988 134593 136674 137036 137717 140545 144138	
144863 150010 162517 153844 159687 168589 188001 169340 175244 171018	
171566 145036 176381 177484 178539 182185 189551 189532 191741 194819	
195916 196239 202194 203995 205637 209272 208263 203308 209514 212254	
215846 216334 216836 218782 218187 218386 220467 221099 221746 222472	
225827 226584 233020 237176 238387 239419	

Im der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

Losnummer	Nachdruck verboten.
2 zu 50000 M 180748	
4 zu 30000 M 185700 228827	
9 zu 10000 M 103279	
4 zu 5000 M 73300 207985	
116 zu 3000 M 2283 6978 11694 16848 17001 28340 34308 47586 40058	
55400 56887 58119 60091 71627 79928 87451 91307 100000 104042 106059	
107271 107819 109638 112094 113067 119476 127823 129088 137531 140276	
144828 145197 145291 149019 153123 156738 161600 161805 163026 170929	
174432 175806 180587 180588 184091 192106 196449 204123 204746 205812	
208231 211918 217448 226887 232184 230402 235189 238919	
192 zu 1000 M 2840 4178 4894 16934 19315 21588 24782 26643 31005	
37701 40415 42808 43993 48456 49001 61111 61571 68481 80309 84485	
85865 86896 86158 88719 90374 7423 78332 78380 79081 84337 86273	
88360 88180 88660 88816 89587 97400 99361 103683 103681 106205	
109300 111477 111902 117052 117970 119483 119574 126210 125680 126408	
128849 129300 129697 134470 130105 143988 142543 143080 158410 158308	
160010 160654 162827 167206 164500 186522 185009 186451 188780 189537	
189718 191691 196354 199344 196088 198127 198517 201614 201174 204276	
205811 207687 208046 212027 214026 221136 224192 224591 229687 229369	
230767 236138 236163 237886 238290	
240 zu 500 M 160 1954 1813 8815 6462 7267 11623 12667 13091	
18989 21181 28841 28309 29921 30552 31592 33264 33799 37227 47428	
49734 50886 53401 55738 56350 57725 58911 6194 62917 65821 67145	
69387 70609 74206 76880 76907 77217 78519 78987 80182 82232 86988	
88850 91509 102375 102749 108716 111812 112714 113754 114833 116355	
116987 117163 118688 119762 120883 121232 124088 128009 126737 133644	
136205 143612 145222 145263 147683 150596 152641 156406 156935 160000	
164605 168712 167763 168883 169177 173096 174687 176909 176289 176993	
178500 179188 181001 181095 186039 187646 189343 191143 191295 192547	
195890 200352 205609 207100 207630 209892 209847 210946 212677 213599	
214984 216391 217730 218696 219322 220226 221167 223460 223216 227761	
228303 228513 229084 232901 233495 235224 237942 237981	

Hauptsitz: Stockholm



Eigenvermögen: 5 000 000 schwed. Kronen

Svenska Ekonomiska Aktieförbundet

Zweigniederlassung:
Berlin NW 7, Unter den Linden 68a

Telegraphenadresse: Fernsprecher:
Schwedensbank Berlin Zentrum 12511 und 1514

Zähne v. 4 M. 2-3 Zahnzahnen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt W o 11. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprecht. 9-7

Augen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandreifen,
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie alle Lager lieferbar

Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Rochplatz 12072. Gds. Wollteufelstr. Rochplatz 12073.



D. R. G. M.

Zu kontrollierbar höchsten Preisen kauft Gold-Platin-Silber

Zahngelisse, einzelne Zähne, Uhren, Ketten, Ringe,
Brillanten Auslandskurs

H. Wiese
Artilleriestr. 30
Min. v. Bahnh. Friedrichstr.
Tel.: Norden 1030

deutscher Pontifex



ersetzt den französisch. Benedictiner

Erstklassige deutsche Spezialität

Zu haben einschlägigen In allen Geschäften

Alleinige Fabrikanten
Deutsche Likör-Fabrik Friedrich & Co.
Waldenburg i. Schlesien.
Gen.-Vertr. für Groß-Berlin:
Kurt Reiffenstein, Friedenau, Brühlstr. 2
Tel.: Am Rheingau 425

Rechtsanwalt
In rheinischer Großstadt sucht Sozios für Zivilpraxis. Mindesteinkommen d. Sozios der steigerungsfähigen Praxis 60-70 000 M. Nur energ. arbeitseifrige Bewerber, am liebsten mit Kenntnis früherer Praxis, wollen sich melden unter R. 23 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Münzen Sammlungen
kaut Ball, Berlin, Wilhelmstraße 40/47

Gediegene Möbel auf Kredit, preiswert und coulant
Möbel-Frese Weinbergswegl

Die bedeutenden Gestalten der großen französischen Revolution von 1789 und die gewaltigen Ereignisse zeichnet Schikowski in seinem Buche:
Sitten- u. Charakterbilder aus der französischen Revolution
in lebendigen u. packenden Bildern.
Preis geb. 7,50 Mk. und 20%.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

H. & P. Uder, S. 16, Engelfufer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G.A. Hanewacker • Goldfarb • Lanefried • Eicken • Raulino
Oldenkott. • Geöffnet 8-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014, 13720

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle: Rentföln Münchener Straße 53

Ferienfahrten 1921
Som. 1.-27. August: 3 Fahrten nach Tirai (je 14 Tage)
15.-25. Juni: Durch den Ort (7 Tage)
15.-25. Juni: Durch den Oberwald zum Reder nach Penzance (7 Tage)

Käretas in der letzten erschienenen Nr. 4 „Der Reisegasse“